

Pressemitteilung 04.02.2011

FWG kämpft weiter für Entlastung PPR-Kreuzung

Hochtaunuskreis/Bad Homburg.- Eine bedauerliche Kirchturmspolitik haben die Freien Wähler des Hochtaunuskreises den politischen Gremien in Bad Homburg bei der Verkehrsentslastung der PPR-Kreuzung vorgeworfen. "Seit Jahren werden die Forderungen und Kostenschätzungen immer höher geschraubt und durch eigene Baumaßnahmen vollendete Tatsachen geschaffen, um eine große Lösung zu verhindern," erklärte FWG-Verkehrsexperte Robert Hohmann (Friedrichsdorf) am Freitag im Anschluss an eine Fraktionssitzung der FWG Hochtaunus. Zugleich verwarf er die von der Bad Homburger BLB propagierte "Null-Euro-Lösung", die ein Umlenken des Verkehrs durch das Köpperner Tal zum Ziel hat. Dies entbehre jeglicher technischen Grundlage, denn die Verkehrsströme würden sich nicht wesentlich ändern. Das Köpperner Tal sei schon heute sehr stark belastet.

Es sei für die FWG unverständlich, wieso so viele Jahre verstreichen mussten, ohne dass etwas geschieht. Das Problem der Verkehrsengpässe sei mit der zunehmenden Motorisierung und der Bindung von Kaufkraft und Arbeitsplätzen in den Zentren noch gestiegen und werde weiter steigen. Die FWG wisse sich einig mit der Industrie- und Handelskammer (IHK) Frankfurt, die zu Recht darauf hingewiesen habe, dass Kommunen, die nicht optimal an das Verkehrssystem angebunden sind, langfristig angehängt werden. Das gelte nicht nur für die Gemeinden im Usinger Land, sondern auch für Bad Homburg.

Hohmann warf den politischen Gremien in Bad Homburg vor, den Preis für die Verkehrsentslastung der Kreuzung mit inzwischen 105 Millionen Euro in unerreichbare Höhen hinaufgeschraubt zu haben. Diese Kosten könnten weder von der Stadt Homburg noch von den Zuschussgebern getragen werden, und somit seien die Homburger Beschlüsse das Papier nicht wert. Dies sei ein Schlag ins Gesicht für die vielen Pendler aus dem Usinger Land, die auf dem Weg zu ihren Arbeitsplätzen in Bad Homburg und Umgebung auf die PPR-Kreuzung angewiesen seien, aber auch ein Signal für alle, die bisher bevorzugt in Bad Homburg eingekauft hätten.

Hohmann erneuerte den Vorschlag der FWG, statt einer Tunnel- oder Brückenlösung das Wechselspurverfahren ins Auge zu fassen. Je nach Tageszeit könnten bergwärts und talwärts jeweils drei Spuren für den Verkehr in eine Richtung und eine für den Verkehr in Gegenrichtung freigegeben werden. Dieses Verfahren habe sich sowohl in städtischen als auch in ländlichen Bereichen bewährt, wo Tunnel oder Brücken zu teuer oder baulich nicht zu verwirklichen gewesen seien.